



## Beitrag Medienkonferenz – 15.10.2024 – Sara Stalder

*Es gilt die gesprochene Version*

Geschätzte Medienschaffende

Rund 6 von 10 Menschen, also die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung, sind von diesen beiden Vorlagen und damit von der drohenden Kostensteigerung direkt betroffen. Der Konsumentenschutz lehnt beide Vorlagen ab, damit die Kaufkraft für den Mittelstand und für die Geringverdienenden nicht noch weiter zurückgeht.

Ein grosser Teil der Bevölkerung ist heute schon gezwungen, jeden Franken bewusst auszugeben. Mieten, Wohnungsunterhalt und Energie verschlingen knapp einen Fünftel des Haushaltsbudgets. Dieses wird zusätzlich stark belastet mit obligatorischen Ausgaben wie Steuern und Krankenkassenprämien – welche bekanntlich kontinuierlich steigen. Aber auch alltägliche Konsumgüter wie Lebensmittel, Nonfood-Produkte oder Mobilität kosten seit 2 Jahren spürbar mehr: Die Teuerung betrug über 5%!

Es ist nicht absehbar, dass sich die Lage auf der Kostenseite entspannt. Hingegen ist absehbar, dass der ökonomische Druck für Familien und Einzelpersonen in besorgniserregender Masse weiter steigt. Auch Personengruppen, die sich bis vor wenigen Jahren noch nie Gedanken machen mussten, ob «es bis zum Monatsende reicht», müssen heute den Gürtel enger schnallen. Nur so passen Einkommen und Monatsdauer noch zusammen.

Wie eingangs erwähnt: Mehr als jede zweite Person ist Mieter:in und damit bereits heute der Willkür der Hauseigentümerschaft ausgeliefert. Haussanierungen, um Energie- und damit unberechenbar ausufernde Nebenkosten endlich deutlich zu senken? Oftmals Fehlanzeige. Mietende müssen für die Versäumnisse der Hausbesitzer:innen bezahlen.

Zudem ist ein Wohnungswechsel umständlich, bringt weitere Probleme (wie den Verlust des sozialen Umfelds, Schul- oder Arbeitsplatz-Wechsel, Wechsel von Gesundheits- und anderen Dienstleistungsanbieter:innen,...) mit sich und ist je nach persönlicher Situation quasi unmöglich. Das ist der Eigentümerschaft durchaus bewusst. Mit dieser Machtasymmetrie können Mietende problemlos finanziell wie Zitronen ausgepresst werden.

Das ist keine Vermutung. Wie das Büro BASS ausgerechnet hat, haben Mieter:innen im Jahr 2023 pro Wohnung und Monat durchschnittlich 360 Franken zu viel Miete bezahlt. Die Berechnung vom Büro BASS vergleicht die theoretische Mietpreisentwicklung gemäss Mietrecht und Referenzzinssatz seit 2005 mit den tatsächlich bezahlten Mieten.

Die missbräuchlichen Renditen sind bereits jetzt riesig. Dadurch fehlen den Konsument:innen gegenwärtig monatlich mehrere Hundert Franken im Portemonnaie.

Die beiden neusten Angriffe auf die Kaufkraft der Mieter:innen müssen am 24. November dringend abgewehrt werden. In Zeiten, in welchen das alltägliche Leben stetig mehr kostet, darf die Bevölkerung nicht zusätzlich mit überrissenen Mieten zur Kasse gebeten werden!